

SPD lehnt weitere Mitwirkung an der Gebietsreform ab

fb. Saarbrücken, 23. Oktober (Eig. Ber.)

Eine Gemeinsamkeit von SPD und CDU in der Frage der Gebiets- und Verwaltungsreform im Saarland sei jetzt endgültig an der Haltung der CDU gescheitert, erklärte am Dienstag für die Opposition deren Reformexperte Hans Kasper. Bei der Schlußabstimmung im Landtagsausschuß für die Gebiets- und Verwaltungsreform habe die CDU-Mehrheit – so betonte der SPD-Abgeordnete – sowohl den erneut von den Sozialdemokraten gestellten Antrag auf Bildung von drei Kreisregionen als auch fast alle der rund 30 SPD-Anträge zur Gemeinde-reform „niedergestimmt“. Daher sei eine Mitwirkung der Sozialdemokraten nunmehr unmöglich.

Wie Kasper mitteilte, habe sich die CDU im Ausschuß im Falle des Großraumes Saarbrücken rücksichtslos über den Willen der Bürger hinweggesetzt. Man sei bei der „Politik der kalten Eingemeindungen“ geblieben. Die SPD-Anträge auf Bildung der Großgemeinden Halberg, Gersweiler-Klarenthal und Warndt sowie der Antrag auf Erhaltung der Selbständigkeit der Stadt Dudweiler seien sämtlich abgelehnt worden.

Kasper erklärte weiter, die CDU-Mehrheit habe auch die Bildung der Einheits-gemeinde Orscholz, der Ostertalgemein-de, der Flughafengemeinde, die Neuordnung des Raumes Neunkirchen, die Eingliederung der Gemeinde Rehlin-gen nach Dillingen, die Erweiterung der Stadt Saarlouis um die Gemeinden Itters-dorf, Altforweiler und Felsberg sowie die Bildung der Gemeinde Bous-Elm abge-lehnt. Stattdessen solle vor den Toren der Stadt Saarlouis eine Großgemeinde von 35 000 Einwohnern entstehen.

Kasper kündigte an, daß die SPD-Frak-tion ihre Abänderungsanträge im Land-tagsplenum bei der zweiten Lesung des Neugliederungsgesetzes erneut stellen werde. Aber schon heute sei erkennbar, daß die CDU die Reform „nach nicht zu verantwortender Verzögerung hektisch und unter Mißachtung parlamentarischer Gepflogenheiten durchpeitschen“ wolle. Die SPD werde die Bevölkerung des Saarlandes auf unerfüllte Versprechun-gen der CDU-Regierung in Sachen der Gebietsreform nachdrücklich hinweisen. Die Spekulation der CDU auf die Vergeß-lichkeit der Bürger würden nicht auf-gehen.

Sz, 24. Oktober 1973